

SR-Online, 14.8.2013:

## **Keine Wohnungen für Flüchtlinge?**

*Die Landesaufnahmestelle in Lebach stößt an ihre Kapazitätsgrenzen und immer wieder gibt es deshalb Probleme. Das Innenministerium will die Flüchtlinge nun zur Annahme angebotener Wohnungen verpflichten. Der Flüchtlingsrat hingegen kritisiert, dass brauchbarer Wohnraum fehle.*

(14.08.2013) Überfüllt, unkontrollierbar und viel Ärger mit Nachbarn – so sehen nach wie vor die Probleme in der Landesaufnahmestelle in Lebach aus. Eigentlich sollte das Flüchtlingslager nur noch eine Durchgangsstation sein und die Bewohner schnellstmöglich in saarländische Kommunen umziehen. Das sah zumindest der Koalitionsvertrag der Regierung vor. Das Ministerium hatte gemeinsam mit dem Saarländischen Landkreistag sowie dem Saarländischen Städte- und Gemeindetag vereinbart, dass die Gemeinden Wohnungen für Flüchtlinge anbieten und sogar einen „Runden Tisch“ gegründet. Doch nach wie vor hat sich wenig geändert.

Die Landesaufnahmestelle verfügt über 1370 Plätze, derzeit leben dort fast 1200 Flüchtlinge – und Krisen in Gebieten wie Syrien und Afghanistan verschärfen die Situation weiter. Die Enge führt immer wieder zu Konflikten bei den Bewohnern.

### **Bald Verpflichtung zur Wohnungs-Annahme?**

Das Innenministerium teilte mit, man werde in einem entsprechenden Arbeitskreis darüber beraten müssen. Bislang seien die Angebote freiwillig, einige Flüchtlinge würden sie aber ablehnen.

### **Flüchtlingsrat: Etikettenschwindel des Ministeriums**

Ende April hatte das saarländische Innenministerium noch verkündet, 200 Flüchtlinge könnten auf die Gemeinden verteilt werden. Für Peter Nobert vom saarländischen Flüchtlingsrat ist das jedoch nur ein Etikettenschwindel gewesen: „Tatsächlich handelt es sich bei den 200 Flüchtlingen um diejenigen, die sowieso aus verschiedensten Gründen ausziehen dürfen – auch ohne den Runden Tisch oder Maßnahmen des Ministeriums.“ Dass so wenige aus dem Auffanglager ausziehen, betont Ralf Müller vom Deutschen Roten Kreuz in Lebach, liege vielmehr daran, dass generell zu wenig bezahlbarer Wohnraum vorhanden sei, der den Regeln der Jobcenter entspricht. Von 140 Flüchtlingen, die die Aufnahmestelle eigentlich verlassen könnten, haben erst 70 eine Wohnung gefunden. Nobert kritisiert, dass es dahingehend auch an Engagement der Städte und Gemeinden mangle. (red)